

DIE LINKE.

i n K a r b e n

Baugebiet Taunusbrunnen:

Exklusiver Wohnraum für Banker?

Und was ist mit bezahlbarem Wohnraum? Das interessiert die Karbener CDU und ihren Bürgermeister wenig. Im Gegenteil. Die Stadt hat Spekulation ermöglicht.

Mittlerweile wird klar: im Baugebiet Taunusbrunnen werden vor allem Edelapartments entstehen. Wieder wird kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Dem Investor wurde noch nicht einmal eine Mindestquote für bezahlbaren Wohnraum abver-

langt! Bisher sind im Stadtparlament alle Vorschläge abgelehnt worden, die eine andere Wohnungspolitik einforderten. Offensichtlich ist Bürgermeister Rahn und der Karbener CDU Investorenbeglückung wichtiger, als

Fortsetzung Seite 3

Ohne Sonntag gibt es nur noch Werktage

Ist für Sie auch der Sonntag der Tag der Familie? Wir meinen, das Recht auf einen freien Sonntag sollten auch die Angestellten im Karbener Einzelhandel haben.

Deshalb stellte DIE LINKE. in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag, auf den verkaufsoffenen Sonn-

tag zu verzichten. Prinzipiell sollte es einen Tag in der Woche geben, der für mög-

Fortsetzung auf Seite 2

[November/Dezember 2017/Nr. 40](#)

Spekulation am Taunusbrunnen

Wenn es ums Bauen geht, sucht die Stadt Karben immer einen privaten Investor. So auch für das Taunusbrunnen-Areal.

Das wurde an die Karbener Kling-Gruppe verkauft. Doch die dachte nicht daran, selbst zu bauen. Kürzlich verkauften sie an eine Bad Homburger Investorengruppe weiter. Selbstverständlich mit sattem Gewinn.

Die Folge wird sein, dass die Preise für die neu entstehenden Wohnungen ansteigen.

Man fragt sich: Hatte die Stadt keine Sperrklausel gegen Spekulation und Weiterverkauf im Vertrag vereinbart? Hat die Stadt das Gelände zu einem Preis verkauft, der unter dem realen Wert liegt? Beides wäre sträflich!

Fortsetzung von Seite 1

Ohne Sonntag gibt es nur noch Werktage

lichst viele frei ist. Wir alle brauchen Zeit für die Familie, für Freunde, für Erholung. Dies ist in Deutschland traditionell der Sonntag. Deshalb sollte auch die Stadt Karben den Sonntag schützen.

Ausgleichstage können den Sonntag nicht ersetzen, da die Mehrzahl der Menschen an anderen Tagen beschäftigt ist: die Kinder gehen zur Schule, andere Familienmitglieder arbeiten. Gemeinsame Zeit mit der Familie ist dann schwierig zu finden.

Wochen ohne Ende?

Der letzte verkaufsoffene Sonntag hat wieder gezeigt, dass er sowieso wenig Nutzen bringt. Wer sich in den beteiligten Einzelhandelsgeschäften umgeschaut hat, konnte feststellen, dass nur geringes Interesse bestand: Allorts gähnende Leere. Deswegen stellen wir uns an die Seite der Angestellten im Karbener Einzelhan-

del. Auch sie haben einen arbeitsfreien Sonntag verdient!

DIE LINKE. Karben unterstützt die Kampagne der Gewerkschaft ver.di.



Das sagt die Gewerkschaft ver.di:

Der Alltag ist für die allermeisten von uns zunehmend rastlos geworden. Arbeitsverdichtung, flexible Arbeitszeiten, Wechsel von Arbeitsphasen und Arbeitslosigkeit, aber auch immer mehr Anforderungen im Privaten setzen uns unter Stress.

Der arbeitsfreie Sonntag bildet – noch – eine Ruheinsel, in der Menschen ihre Zeit nach ihren Bedürfnissen verbringen können. ver.di spricht sich deshalb prinzipiell gegen verkaufsoffene Sonntage aus. Gemeinsam mit der bundesweiten Sonntagsallianz setzen wir uns für den Erhalt der Sonntagsruhe ein, ebenso wie für Öffnungszeiten im Handel, die allen Beschäftigten eine gesunde Work-Life-Balance ermöglichen.

Fortsetzung von Seite 1

Exklusiver Wohnraum...

die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarem Wohnraum.

Haushalt 2018: Alle Mittel in den sozialen Wohnungsbau!

Demnächst wird der Haushalt 2018 der Stadt Karben beraten. DIE LINKE. wird den Antrag stellen, dass der komplette Erlös aus dem Taunusbrunnengeschäft in den sozialen Wohnungsbau gesteckt wird. Und dass die Karbener WoBau selbst investiert.

Man kann gespannt sein, wie sich die Karbener CDU und Guido Rahn dazu verhalten werden.

**ViSdP.: Uwe Maag,
Klein-Karben
mail:
maagdielinkekarben@gmail.com
oder: info@die-linke-wetterau.de
homepage:
www.die-linke-wetterau.de**

DIE LINKE. im Kreistag

Der Weihnachtsmann kommt nebenan

Jedes fünfte Kind lebt dauerhaft in Armut. Doch SPD und CDU verweigern im Kreistag eine Weihnachtsbeihilfe.

Jedes fünfte Kind lebt länger als fünf Jahre in armen Verhältnissen. Für zusätzlich zehn Prozent der Kinder ist Armut zumindest zeitweilig ein Problem. Kinderarmut ist in Deutschland ein Dauerzustand.

Diese Kinder sind oft vom gesellschaftlichen Leben abgekoppelt. Zum Beispiel fehlt das Geld für Geschenke an Weihnachten. Für das Fest

der christlichen Nächstenliebe sieht der Hartz 4-Satz nichts vor.

DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau beantragte 50 Euro einmalige Weihnachtsbeihilfe für Kinder im Hartz4-Bezug. SPD und CDU lehnten das ab. Begründung: die Weihnachtsbeihilfe würde das Gesetz umgehen. Das Gesetz, das für Kinder aus armen Familien kein Weihnachtsfest vorsieht.

Stell dir vor, viele Kids können aus Geldmangel nicht mal ins Kino gehen, keine Freunde einladen, sich keinen Computer leisten und nicht im Netz surfen!

Die haben dann wenigstens noch Zeit, mal ein Buch zu lesen !!



Kinderarmut bildet !!

Karikatur: Klaus Stüttmann

Aufrüstung löst keine Probleme! Sie schafft Probleme!



US-Präsident Trump will, dass die NATO-Länder ihren Militäretat erhöhen. Auch Deutschland soll die Rüstungsausgaben verdoppeln.

Aktuell ist viel vom NATO-Ziel die Rede, den Militäretat bis 2024 auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.

Was bedeutet das?

Bereits 2017 hat die Große Koalition den Wehretat so stark angehoben wie seit 25 Jahren nicht mehr: um zwei Milliarden auf rund 37 Milliarden Euro. Damit liegt er nun bei 1,2 Prozent. Man muss kein Mathe-Genie sein, um zu sehen, dass eine Erhöhung auf zwei Prozent fast einer Verdoppelung des Rüstungsetats auf über 60 Milliarden Euro jährlich entspräche. Das lehnt die DIE LINKE. ab.

Mit Rüstung wird kein Problem gelöst

Armut, Umweltzerstörung, bewaffnete Konflikte und Flucht existieren auch weiter, wenn wir aufrüsten. Eher

verschärfen sich die Probleme noch und es entstehen neue Fluchtursachen.

Mehr Sicherheit entsteht durch Stabilität und Entwicklung

Wenn wir mehr Sicherheit wollen, müssen wir die Ursachen für die Probleme beseitigen. Deshalb sollte Deutschland lieber eine nachhaltige, soziale, ökologische und friedliche Entwicklung fördern. Wir sollten dafür sorgen, dass Staaten stabil sind, statt sie zu destabilisieren.

Derzeit gibt Deutschland jedoch nur 10 Milliarden Euro für Entwicklungshilfe aus. Das ist gerade einmal die Hälfte der UN-Vorgabe und viel weniger, als für das Militär ausgegeben wird.



Was wird die neue Bundesregierung tun?

Was geschieht nun nach der Bundestagswahl? Die Fraktion von CDU/CSU steht der NATO-Vorgabe positiv gegenüber. Im Wahlkampf grenzten sich Grüne und SPD von der Erhöhung ab. Die FDP ist nicht dagegen: mehr internationale Verantwortung koste auch mehr Geld, sagen sie und verwechseln „Verantwortung“ mit Militärpolitik.

DIE LINKE. steht konsequent für Abrüstung. Wir sagen: Mehr Sicherheit kann zukünftig nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden.

Rüstung gegen Rente?

Übrigens: Griechenland hat das NATO-Ziel erreicht, kann aber seine Renten nicht mehr zahlen. Ob das zu mehr Sicherheit beiträgt, kann man ruhig bezweifeln.